

Anwendungshilfe für Artikel 18: Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

0. EINLEITUNG



Nachfolgend werden kurz die Regelungsinhalte, die wichtigsten Definitionen, die Rechte der Betroffenen und die Pflichten des Verantwortlichen in Bezug auf das Berichtigen, Löschen oder Sperren (Einschränkung der Verarbeitung) von Daten beschrieben sowie Hinweise gegeben. Entsprechende Begehren von betroffenen Personen sind grundsätzlich innerhalb eines Monats zu erledigen, andernfalls können erhebliche Bussgelder drohen.

Anhand der **Musterzyklen** kann geprüft werden, wie vorgegangen werden muss, wenn

1. die Datenrichtigkeit unklar bzw. von der betroffenen Person bestritten wird
2. die Verarbeitung unrechtmässig erfolgte und die betroffene Person anstatt einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung fordert
3. der Verantwortliche die Daten für Verarbeitung nicht weiter benötigt, aber die betroffene Person diese noch für die Ausübung, Geltendmachung oder Verteidigung ihrer Rechtsansprüche benötigt
4. die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung gem. Art. 21 Abs. 1 DSGVO eingelegt hat

1. REGLUNGSINHALTE



die **betroffene Person** hat das Recht beim Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen

der **Verantwortliche** hat unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit anstatt einer Löschung eine Einschränkung der Verarbeitung zu veranlassen

2. DEFINITION



Einschränkung der Verarbeitung (Synonym: Sperrung)

die Markierung gespeicherter personenbezogener Daten mit dem Ziel, ihre künftige Verarbeitung einzuschränken

Anwendungsbeispiele

- I. ausgewählte personenbezogene Daten werden vorübergehend auf ein anderes Verarbeitungssystem übertragen, d.h. der Zugang wird für Nutzer gesperrt, die nicht zugriffsberechtigt sind
- II. veröffentlichte Daten werden für die Zeit der eingeschränkten Verarbeitung von der Website entfernt
- III. bei automatisierten Dateisystemen soll die Einschränkung grundsätzlich durch technische Mittel erfolgen, damit personenbezogene Daten keinesfalls verändert bzw. weiterverarbeitet werden können
-> im System soll unmissverständlich darauf hingewiesen werden, dass die Verarbeitung dieser personenbezogener Daten gesperrt wurde

1. §

die **betroffene Person** hat das Recht die Einschränkung der Verarbeitung beim Verantwortlichen zu verlangen

Achtung

wird ein **Antrag zur Einschränkung** (gem. Art. 18 Abs. 1 a-d DSGVO) seitens der betroffenen Person gestellt, bestehen für den Verantwortlichen **zusätzliche Mitteilungspflichten bei Aufhebung der Sperre an die betroffene Person** (vgl. Art. 18 Abs. 3 DSGVO)

Praxistipp

technisch sollen **drei verschiedene Sperrmarkierungen** unterschieden werden können:

Achtung

die Unterscheidung verschiedener Sperrmarkierungen ist nur für den internen Gebrauch grundsätzlich dürfen eingeschränkte Daten weder sichtbar sein noch verarbeitet werden

- I. **Sperrmarkierungen** für personenbezogene Daten, die aufgrund von gesetzlichen, satzungsmässigen oder vertraglichen Aufbewahrungsfristen **für die Dauer der vorgeschriebenen Aufbewahrungsfrist** gesetzt werden müssen
 - > nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist werden lediglich die Empfänger, denen die Daten offengelegt wurden über die Löschung der Daten informiert
- II. **Sperrmarkierungen** für personenbezogene Daten, die **nach Ablauf** der gesetzlichen, satzungsmässigen oder vertraglichen **Aufbewahrungsfrist für die Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von eigenen Rechtsansprüchen noch benötigt werden**
 - > sobald Verantwortliche diese Daten zu Beweis Zwecken nicht mehr benötigt, informiert er die Empfänger, denen die Daten offengelegt wurden über die Löschung der Daten
- III. **Sperrmarkierungen** für personenbezogene Daten, die **aufgrund eines Antrages einer betroffenen Person** gem. Art. 18 Abs. 1 a-d DSGVO zu setzen sind
 - > im Gegensatz zu den anderen beiden Arten der Sperrmarkierungen, muss durch den Verantwortlichen in diesem Fall eine **zusätzliche Mitteilung vor Aufhebung der Sperrung an die betroffene Person erfolgen**
 - > neben einer technischen Sperrmarkierung ist es zu empfehlen, die Anträge, die aufgrund eines Sperrantrags einer betroffenen Person einzuschränken sind zusätzlich in einer handschriftlichen oder elektronischen Liste aufzuführen, um regelmässig den Bedarf dieser Sperrmarkierung überprüfen zu können
 - > **Ziel** eines jeden Verantwortlichen soll sein, die **Sperranträge einer betroffenen Person** idealerweise **ablehnen zu können**, um grundsätzlich keine Sperrung veranlassen zu müssen, da es mit höheren Anforderungen an ihn verbunden ist
 - > **erfolgt** dennoch eine **Sperrung** aufgrund eines Antrags einer betroffenen Person soll das **Ziel** eines jenen **Verantwortlichen** sein, die **Sperrung schnellstmöglich aufzuheben um eine Löschung der Daten nach Ablauf der Aufbewahrungs- und Beweis Zwecke veranlassen zu können**

2. §

grundsätzlich kann die betroffene Person verlangen, dass ihr alle Empfänger, denen ihre Daten übermittelt wurden, gem. Artikel 19 S. 2 DSGVO mitgeteilt werden

-> **Beachte separate Anwendungshilfe zu Artikel 19 DSGVO "Mitteilungspflicht"**

der Verantwortliche hat ebenfalls das Recht die Verarbeitung **selbst einzuschränken**,

Anwendungsbeispiele

1.§

- I. wenn eine Löschung (gem. Art. 17 DSGVO) **im Fall einer nicht automatisierten Datenverarbeitung** wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismässig hohem Aufwand möglich und das Interesse der betroffenen Person an der Löschung als gering anzusehen ist, tritt an die Stelle einer Löschung (gem. Art. 17 DSGVO) die Einschränkung der Verarbeitung gem. Artikel 18 der Verordnung (EU) 2016/679 (vgl. Art. 17 Abs. 3 b, § 35 Abs. 1 S.2 BDSG neu)
- II. solange und soweit der Verantwortliche Grund zur Annahme hat, dass durch eine Löschung schutzwürdige Interessen der betroffenen Person beeinträchtigen würden, schränkt der Verantwortliche die Verarbeitung ein und informiert die betroffene Person sofern sich die Unterrichtung nicht als unmöglich erweist oder einen unverhältnismässigen Aufwand erfordern würde (vgl. Art. 17 Abs. 3 b, § 35 Abs. 2 BDSG neu)
- III. wenn einer Löschung der Daten im Fall des Art. 17 Abs. 1 a DSGVO ("Zweckwegfall der Datenerhebung") rechtliche Verpflichtungen (bspw. Aufbewahrungs- bzw. Dokumentationspflichten) entgegen stehen (vgl. Art. 17 Abs. 3 b DSGVO), werden diese Daten gekennzeichnet, um eine weitere Verarbeitung der Daten mithilfe der Einschränkung der Verarbeitung zu unterbinden (vgl. § 35 Abs. 3 BDSG neu)
- IV. wenn Daten nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist für die Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von eigenen Rechtsansprüchen benötigt werden (zu Beweis Zwecken), sind diese Daten ebenfalls für eine eingeschränkte Verarbeitung zu kennzeichnen (vgl. Art. 17 Abs. 3 e DSGVO)

1. §

der Verantwortliche hat die **Pflicht die Verarbeitung** unter folgenden Voraussetzungen **einzuschränken**, wenn

I. die betroffene Person die **Richtigkeit** der Daten **bestreitet**

-> die Verarbeitung muss für die Dauer der Überprüfung der Daten eingeschränkt werden

II. die Verarbeitung **unrechtmässig** erfolgte aber die betroffene Person eine **Löschung ablehnt**

Erinnerung: **rechtmässige** Verarbeitung

- Einwilligung der betroffenen Person wurde gegeben

- erforderlich zur Erfüllung des Vertrags bzw. der vorvertraglichen Massnahmen

- erforderlich zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung (Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten)

- erfolgt aufgrund einer anderen Rechtsgrundlage

- etc. (vgl. Art. 6 Abs. 1 DSGVO "Rechtmässigkeit der Verarbeitung")

III. die **betroffene Person** im Gegensatz zum Verantwortlichen, die **Daten** noch zur **Zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt**

IV. die betroffene Person **Widerspruch** gem. Art. 21 Abs. 1 DSGVO **gegen** die Verarbeitung **ingelegt** hat

-> die Verarbeitung muss für die Überprüfungsdauer des berechtigten Interesses des Verantwortlichen und der betroffenen Person eingeschränkt werden

Ausnahmen (vgl. Art. 18 Abs. 2 DSGVO)

eine **uneingeschränkte** Verarbeitung ist nur noch möglich, **wenn**

- die betroffene Person ihre Einwilligung erteilt hat **oder**

- Rechtsansprüche des Verantwortlichen geltend, ausgeübt oder verteidigt werden müssen **oder**

- sie zum Schutz der Rechte einer natürlichen bzw. juristischen Person dient **oder**

- sie für ein wichtiges öffentliches Interesse der Union oder eines Mitgliedstaates benötigt wird **und**

- die Verarbeitung für den benötigten Zweck erforderlich ist (Art. 6 Abs. 1 b DSGVO)

2. §

der Verantwortliche hat die Pflicht die **betroffene Person vor der Aufhebung der eingeschränkten Verarbeitung zu informieren** (vgl. Art. 18 Abs. 3 DSGVO), wenn die **betroffene Person** die Einschränkung der Verarbeitung **von sich aus** gefordert hat (vgl. Art. 18 Abs. 1 a-d DSGVO)

3. §

Mitteilungspflicht gem. Artikel 19 S. 1 DSGVO

werden **Daten gesperrt**, ist der Verantwortliche **verpflichtet** die **Änderung** der Daten an **alle Empfänger**, denen die Daten offengelegt wurden, **mitzuteilen** insofern die **Mitteilung nicht unmöglich oder der Aufwand unverhältnismässig ist**

1. Fall: Richtigkeit der Daten ist unklar bzw. wird durch die betroffene Person bestritten

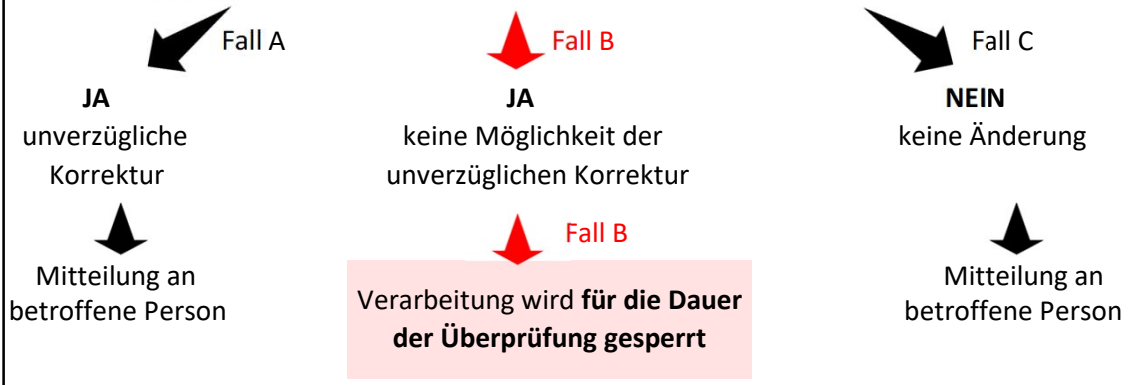
Vorgehensweise des Verantwortlichen nach Antragseingang der betroffenen Person:



1. Schritt: Überprüfung der Identität der betroffenen Person



2. Schritt: Überprüfung, ob Daten unrichtig sind



Fall B



3. Schritt: Überprüfung, ob und wann eine Verarbeitung der Daten trotz ihrer Sperre erfolgen kann

JA, wenn

- I. eine Einwilligung der betroffenen Person zur Verarbeitung ihrer Daten erteilt wurde **oder**
- II. die Verarbeitung der Daten dem Verantwortlichen zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient **oder**
- III. die Verarbeitung zum Schutz der Rechte einer natürlichen bzw. juristischen Person erfolgt (z.B. Übermittlung der Daten an Rechtsanwälte, Gerichte oder Behörden) **oder**
- IV. die Verarbeitung aus Gründe eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaates notwendig ist **und**
- V. die Verarbeitung für den benötigten Zweck erforderlich ist (vgl. Art. 6 Abs. 1 b DSGVO)

Fall B

4. Schritt: Korrektur der unrichtigen Daten erfolgt nach längerem Überprüfungszeitraum

wenn JA

informiert der Verantwortliche die betroffene Person in einem Schreiben darüber, dass die Korrektur der unrichtigen Daten erfolgt ist und er folglich die eingeschränkte Verarbeitung ihrer Daten aufheben wird (**Information vor Aufhebung der Einschränkung**)

Praxistipp

Fristsetzung im Schreiben, in der die betroffene Person der Aufhebung widersprechen kann -> keine Rückmeldung wird als stillschweigende Zustimmung der Sperraufhebung gewertet





5. Schritt: Prüfung, ob betroffene Daten gem. Artikel 19 DSGVO **anderen Empfängern offengelegt** wurden

wenn **JA** 



I. Erstellung einer **Liste mit allen Empfängern**

II. Mitteilung an alle Empfänger, dass und **welche Daten korrigiert** werden müssen

Praxistipp

aufgrund einer umgehenden Antragsbearbeitung sollte unter Aufwands Gesichtspunkten eine vorherige Mitteilung über die Sperrung an die Empfänger nicht erforderlich sein




Hinweis:

es ist **keine Mitteilung** an die Empfänger **erforderlich**, wenn es **unmöglich** oder mit einem **unverhältnismässigen Aufwand** verbunden ist



ACHTUNG: folgendes Recht kann die betroffene Person **nach Bedarf** in Anspruch nehmen



betroffene Person hat **Information** über die **Empfängerliste** ihrer Daten gem. Artikel 19 S. 2 DSGVO **verlangt** 

wenn **JA**, Weiterleitung der **Empfängerliste** unter folgenden **Aspekten**



1. Form und Sprache (gem. Artikel 12 Absatz 1 DSGVO),

d.h. Mitteilung wird in präziser, transparenter, verständlicher und leicht zugänglicher Form in klarer und verständlicher Sprache an die betroffene Person übermittelt

Beachte:

die Mitteilung kann schriftlich, elektronisch oder mündlich, wenn die Identität der betroffene Person sichergestellt ist, erfolgen

2. zeitliche Vorgaben (gem. Artikel 12 Absatz 3 DSGVO),

d.h. die Informationen werden **unverzüglich** bzw. **innerhalb** eines **Monats** an die betroffene Person übermittelt

Hinweis:

eine **zweimonatige Fristverlängerung** kann aufgrund der Komplexität bzw. der Anzahl an Anträgen erhoben werden, wenn die betroffene Person innerhalb eines Monats nach Antragseingang über die Verlängerung inkl. derer Gründe informiert wird

Beachte:

bei elektronisch gestellten Anträgen soll der Informationsaustausch, wenn möglich auch weiterhin über diesen Weg erfolgen



3. Kosten (gem. Artikel 12 Absatz 5 DSGVO)

die angeforderten Informationen werden **unentgeltlich** zur Verfügung gestellt

Hinweis:

im Fall von offenkundig unbegründeten bzw. exessiven Antragsstellungen kann ein Entgelt verlangt werden bzw. eine Antragsbearbeitung verweigert werden



Hinweis:

verweigert der Verantwortliche eine **Antragsbearbeitung** muss er **ohne Verzögerung** bzw. innerhalb eines Monats die betroffene Person über die **Gründe** für die **Verweigerung**, die **Beschwerdemöglichkeit** bei der Aufsichtsbehörde (Art. 77 Abs. 1 DSGVO) bzw. die Möglichkeit einen **gerichtlichen Rechtsbefehl** (Art. 79 DSGVO) einzuleiten, **informieren**

2. Fall: Verarbeitung ist unrechtmässig und betroffene Person lehnt Datenlöschung ab und verlangt stattdessen die Einschränkung der Verarbeitung ihrer Daten



Praxistipp

geringe Eintrittswahrscheinlichkeit, da die betroffene Person bei einer unrechtmässigen Verarbeitung eher die Löschung (gem. Art. 17 DSGVO) statt einer fortlaufenden Speicherung wünschen wird

Vorgehensweise des Verantwortlichen nach Antragseingang der betroffenen Person:



1. Schritt: Überprüfung der Identität der betroffenen Person

2. Schritt: Überprüfung, ob eine unrechtmässige Verarbeitung erfolgte

JA



Verarbeitung **einschränken**

Praxistipp

Mitteilung an betroffene Person, dass Daten gesperrt wurden und Nachfragen, ob sie nicht anstatt der Sperrung einen konkreten Löschzeitpunkt benennen kann



NEIN



Verarbeitung wird **nicht eingeschränkt**

Praxistipp

Mitteilung an betroffene Person, dass die Verarbeitung **nicht eingeschränkt** wird unter Nennung der Gründe



Antragsbearbeitung abgeschlossen

Erinnerung

eine **unrechtmässige Verarbeitung** (gem. Art. 6 Abs. 1 DSGVO) liegt bspw. vor, wenn
I. **unrichtige** bzw. unvollständige Daten verarbeitet werden -> vgl. Vorgehensweise 1. Fall
II. keine Rechtsgrundlage für die Erhebung oder Speicherung der Daten vorliegt
III. keine Einwilligung der betroffenen Person vorliegt
IV. etc.

3. Schritt: Überprüfung, ob und wann eine Verarbeitung der Daten trotz ihrer Sperre erfolgen kann

JA, wenn




- I. eine Einwilligung der betroffenen Person zur Verarbeitung ihrer Daten erteilt wurde **oder**
- II. die Verarbeitung der Daten dem Verantwortlichen zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient **oder**
- III. die Verarbeitung zum Schutz der Rechte einer natürlichen bzw. juristischen Person erfolgt (z.B. Übermittlung der Daten an Rechtsanwälte, Gerichte oder Behörden) **oder**
- IV. die Verarbeitung aus Gründe eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaates notwendig ist **und**
- V. die Verarbeitung für den benötigten Zweck erforderlich ist (vgl. Art. 6 Abs. 1 b DSGVO)





4. Schritt: Prüfung, ob betroffene Daten gem. Artikel 19 DSGVO **anderen Empfängern offengelegt** wurden

wenn **JA** 



I. Erstellung einer **Liste mit allen Empfängern**

II. Mitteilung an alle Empfänger, dass und **welche Daten gesperrt** werden müssen

Praxistipp

umgehende Information an Empfänger, da Sperrdauer von der betroffenen Person abhängig ist bis sie dem Verantwortlichen eine Anweisung zur Löschung erteilt



Hinweis:

es ist **keine Mitteilung** an die Empfänger **erforderlich**, wenn es **unmöglich** oder mit einem **unverhältnismässigen Aufwand** verbunden ist



5. Schritt: betroffene Person nennt auf Nachfrage des Verantwortlichen einen **konkreten Löschzeitpunkt** (vgl. 2. Schritt)


wenn **JA** 

Löschung am genannten Termin veranlassen



wenn **NEIN** 

dauerhafte Sperrung

Antragsbearbeitung abgeschlossen 

6. Schritt: Prüfung, ob betroffene Daten gem. Artikel 19 DSGVO **anderen Empfängern offengelegt** wurden

wenn **JA** 



I. Erstellung einer **Liste mit allen Empfängern**

II. Mitteilung an alle Empfänger, dass und **welche Daten gelöscht** werden müssen




Hinweis:

es ist **keine Mitteilung** an die Empfänger **erforderlich**, wenn es **unmöglich** oder mit einem **unverhältnismässigen Aufwand** verbunden ist



ACHTUNG: folgendes Recht kann die betroffene Person **nach Bedarf** in Anspruch nehmen

betroffene Person hat **Information** über die **Empfängerliste** ihrer Daten gem. Artikel 19 S. 2 DSGVO **verlangt** 



wenn **JA**, Weiterleitung der **Empfängerliste** unter folgenden **Aspekten**

1. Form und Sprache (gem. Artikel 12 Absatz 1 DSGVO),

2. zeitliche Vorgaben (gem. Artikel 12 Absatz 3 DSGVO),

3. Kosten (gem. Artikel 12 Absatz 5 DSGVO)

(vgl. Hinweis 1. Fall)

3. Fall: Daten werden vom Verantwortlichen für Verarbeitungszwecke nicht mehr benötigt aber von der **betroffenen Person** zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen



Praxistipp

geringe Eintrittswahrscheinlichkeit, da die betroffene Person lediglich bei der Erhebung ihrer personenbezogenen Daten (gem. Art. 13 und Art. 14 DSGVO) Informationen zum Löszeitpunkt seitens des Verantwortlichen erhält

-> eine **Mitteilung** nach DSGVO muss **zum Zeitpunkt der Löschung nicht erfolgen!**



betroffene Person stellt **von sich aus** Antrag zur Sperrung ihrer Daten



Verantwortlicher überprüft **von sich aus** gespeicherte Daten bzgl. deren Löschfrist



1. Schritt:

Überprüfung der Identität der betroffenen Person

ODER

1. Schritt:

Verantwortlicher überprüft vor Datenlöschung, ob durch die Löschung schutzwürdige Interessen (= Geltendmachung, Ausübung, Verteidigung v. Rechtsansprüchen) der betroffene Person beeinträchtigt werden

Praxistipp

bei konkreten Anhaltspunkten, wie bspw. bei Ablauf der Aufbewahrungsfristen und Kenntnis eines Rechtsstreits Kunden vor Löschung der Daten anschreiben und Bedarf der Daten klären



Die weitere Vorgehensweise kann für beide Fälle herangezogen werden:



2. Schritt: Verarbeitung einschränken

Praxistipp

Dauer der Rechtsstreitsabwicklung der betroffenen Person kann nicht vorhergesehen werden -> Antrag der Sperrung auf Wiedervorlage legen und in einem bestimmten Rhythmus bei der betroffenen Person über Erfordernis der Einschränkung erkundigen



3. Schritt: Überprüfung, ob und wann eine **Verarbeitung** der Daten **trotz ihrer Sperre** erfolgen kann

JA, wenn




- I. eine Einwilligung der betroffenen Person zur Verarbeitung ihrer Daten erteilt wurde **oder**
- II. die Verarbeitung der Daten dem Verantwortlichen oder der betroffenen Person zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dienen **oder**
- III. die Verarbeitung zum Schutz der Rechte einer natürlichen bzw. juristischen Person erfolgt (z.B. Übermittlung der Daten an Rechtsanwälte, Gerichte oder Behörden) **oder**
- IV. die Verarbeitung aus Gründe eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaates notwendig ist **und**
- V. die Verarbeitung für den benötigten Zweck erforderlich ist (vgl. Art. 6 Abs. 1 b DSGVO)





4. Schritt: Prüfung, ob betroffene Daten gem. Artikel 19 DSGVO **anderen Empfängern offengelegt** wurden

wenn **JA** 



I. Erstellung einer **Liste mit allen Empfängern**

II. Mitteilung an alle Empfänger, dass und **welche Daten gesperrt** werden müssen

Praxistipp

umgehende Information an Empfänger, da die Dauer eines Rechtsstreits nicht absehbar ist



Hinweis:

es ist **keine Mitteilung** an die Empfänger **erforderlich**, wenn es **unmöglich** oder mit einem **unverhältnismässigen Aufwand** verbunden ist



5. Schritt: Rechtsstreit der betroffenen Person ist beendet

Verantwortlicher informiert die betroffene Person in einem Schreiben, dass er folglich die eingeschränkte Verarbeitung aufheben wird (**Information vor Aufhebung der Einschränkung**) und die Löschung der Daten veranlasst

-> **Aufbewahrungs- bzw. Beweiszwecke liegen nicht mehr vor**

6. Schritt: Prüfung, ob betroffene Daten gem. Artikel 19 DSGVO **anderen Empfängern offengelegt** wurden

wenn **JA** 



I. Erstellung einer **Liste mit allen Empfängern**

II. Mitteilung an alle Empfänger, dass und **welche Daten entsperrt und gelöscht** werden müssen

Hinweis:

es ist **keine Mitteilung** an die Empfänger **erforderlich**, wenn es **unmöglich** oder mit einem **unverhältnismässigen Aufwand** verbunden ist

ACHTUNG: folgendes Recht kann die betroffene Person **nach Bedarf** in Anspruch nehmen



betroffene Person hat **Information** über die **Empfängerliste** ihrer Daten gem. Artikel 19 S. 2 DSGVO **verlangt**

wenn **JA**, Weiterleitung der **Empfängerliste** unter folgenden **Aspekten** 

1. Form und Sprache (gem. Artikel 12 Absatz 1 DSGVO),

2. zeitliche Vorgaben (gem. Artikel 12 Absatz 3 DSGVO),

3. Kosten (gem. Artikel 12 Absatz 5 DSGVO)

(vgl. Hinweis in 1. Fall)

4. Fall: betroffene Person hat Widerspruch gem. Art. 21 Abs. 1 DSGVO gegen die Verarbeitung eingelegt und es steht noch nicht fest, welche berechtigten Interessen überwiegen

Vorgehensweise des Verantwortlichen nach Antragseingang der betroffenen Person:



1. Schritt: Überprüfung der Identität der betroffenen Person



2. Schritt: Verarbeitung einschränken

Fall A: Widerspruchsbearbeitung erfolgt **umgehend** durch Verantwortlichen
-> unter Aufwandsaspekten erfolgt **keine Mitteilung zur Sperrung an Empfänger** (gem. Art. 19)
Fall B: ...

Vorgehensweise im Fall A:



Praxistipp

Widerspruchsantrag umgehend bearbeiten und bestenfalls zurückweisen, damit keine zusätzliche Mitteilungspflicht an die betroffene Person (gem. Art. 18 Abs. 3 DSGVO) erfüllt werden muss



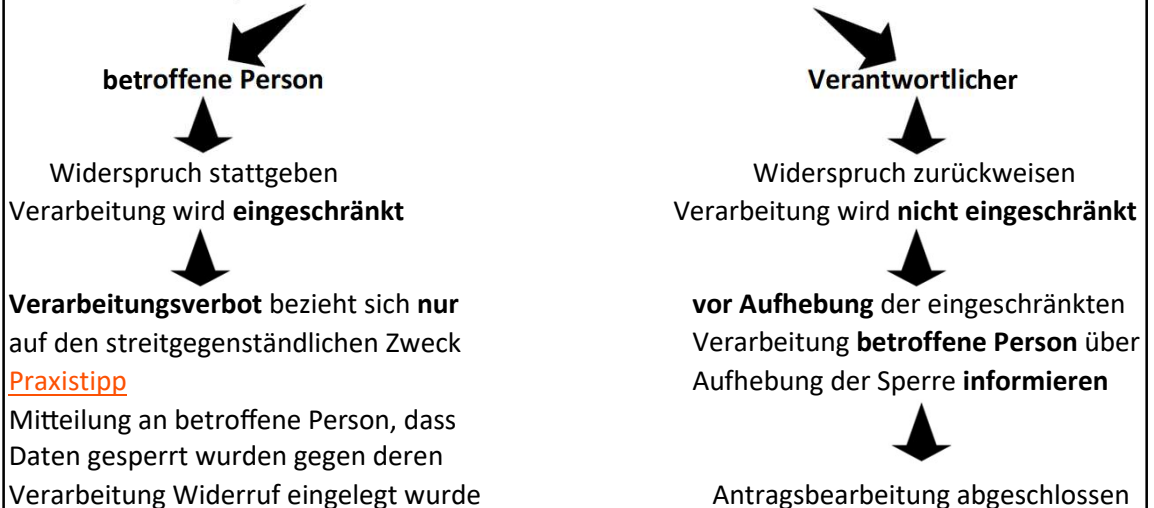
3. Schritt: Überprüfung, ob und wann eine Verarbeitung der Daten trotz ihrer Sperrung erfolgen kann

JA, wenn

- I. eine Einwilligung der betroffenen Person zur Verarbeitung ihrer Daten erteilt wurde **oder**
- II. die Verarbeitung der Daten dem Verantwortlichen zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient **oder**
- III. die Verarbeitung zum Schutz der Rechte einer natürlichen bzw. juristischen Person erfolgt (z.B. Übermittlung der Daten an Rechtsanwälte, Gerichte oder Behörden) **oder**
- IV. die Verarbeitung aus Gründe eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaates notwendig ist **und**
- V. die Verarbeitung für den benötigten Zweck erforderlich ist (vgl. Art. 6 Abs. 1 b DSGVO)



4. Schritt: Überprüfung, welche berechtigten Interessen anhand der Begründung des Widerspruchs überwiegen




Praxistipp

Mitteilung an betroffene Person, dass Daten gesperrt wurden gegen deren Verarbeitung Widerruf eingelegt wurde



5. Schritt: Prüfung, ob betroffene Daten gem. Artikel 19 DSGVO **anderen Empfängern offengelegt** wurden

wenn **JA** 



I. Erstellung einer **Liste mit allen Empfängern**

II. Mitteilung an alle Empfänger, dass und **welche Daten gesperrt** werden müssen

Hinweis:

es ist **keine Mitteilung** an die Empfänger **erforderlich**, wenn es **unmöglich** oder mit einem **unverhältnismässigen Aufwand** verbunden ist



6. Schritt: nach Ablauf der Aufbewahrungs- und Beweiszwecke **erfolgt eine Mitteilung an die betroffene Person**, dass Daten nun entsperrt und gleichzeitig gelöscht werden



7. Schritt: Prüfung, ob betroffene Daten gem. Artikel 19 **anderen Empfängern offengelegt** wurden

wenn **JA** 



I. Erstellung einer **Liste mit allen Empfängern**

II. Mitteilung an alle Empfänger, dass und **welche Daten entsperrt und gelöscht** werden müssen


Hinweis:

es ist **keine Mitteilung** an die Empfänger **erforderlich**, wenn es **unmöglich** oder mit einem **unverhältnismässigen Aufwand** verbunden ist



ACHTUNG: folgendes Recht kann die betroffene Person **nach Bedarf** in Anspruch nehmen



betroffene Person hat **Information** über die **Empfängerliste** ihrer Daten gem. Artikel 19 S. 2 DSGVO **verlangt** 

wenn **JA**, Weiterleitung der **Empfängerliste** unter folgenden **Aspekten**

1. Form und Sprache (gem. Artikel 12 Absatz 1 DSGVO),

2. zeitliche Vorgaben (gem. Artikel 12 Absatz 3 DSGVO),

3. Kosten (gem. Artikel 12 Absatz 5 DSGVO)

(vgl. Hinweis in 1. Fall)

Vorgehensweise des Verantwortlichen nach Antragseingang der betroffenen Person:



1. Schritt: Überprüfung der Identität der betroffenen Person



2. Schritt: Verarbeitung einschränken

Fall A: ...

Fall B: Verantwortlicher erkennt bei Antragseingang der betroffenen Person, dass die Interessensabwägung nicht umgehend erfolgen kann
-> **Datenempfänger** werden **unmittelbar** über Sperrung **informiert** (vgl. 3. Schritt)

Vorgehensweise im Fall B:



3. Schritt: Prüfung, ob betroffene Daten gem. Artikel 19 DSGVO **anderen Empfängern offengelegt** wurden

wenn **JA**



I. Erstellung einer **Liste mit allen Empfängern**

II. Mitteilung an alle Empfänger, dass und **welche Daten gesperrt** werden müssen



Hinweis:

es ist **keine Mitteilung** an die Empfänger **erforderlich**, wenn es **unmöglich** oder mit einem **unverhältnismässigen Aufwand** verbunden ist

4. Schritt: Überprüfung, ob und wann eine **Verarbeitung** der Daten **trotz ihrer Sperre** erfolgen kann

JA, wenn



I. eine Einwilligung der betroffenen Person zur Verarbeitung ihrer Daten erteilt wurde **oder**

II. die Verarbeitung der Daten dem Verantwortlichen zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient **oder**

III. die Verarbeitung zum Schutz der Rechte einer natürlichen bzw. juristischen Person erfolgt (z.B. Übermittlung der Daten an Rechtsanwälte, Gerichte oder Behörden) **oder**

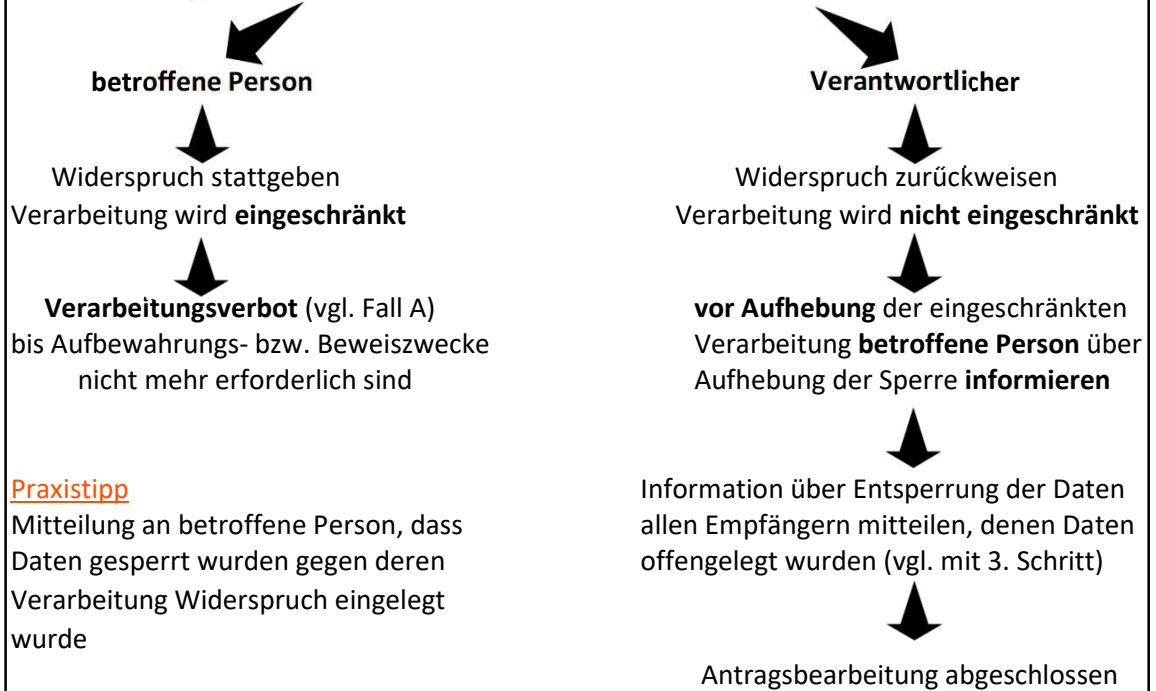
IV. die Verarbeitung aus Gründe eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaates notwendig ist **und**

V. die Verarbeitung für den benötigten Zweck erforderlich ist (vgl. Art. 6 Abs. 1 b DSGVO)





5. Schritt: Überprüfung, welche berechtigten Interessen überwiegen anhand der Begründung des Widerspruchs



Praxistipp

Mitteilung an betroffene Person, dass Daten gesperrt wurden gegen deren Verarbeitung Widerspruch eingelegt wurde

6. Schritt: nach Ablauf der Aufbewahrungs- und Beweiszwecke **erfolgt eine Mitteilung an die betroffene Person**, dass Daten nun entsperrt und gleichzeitig gelöscht werden



7. Schritt: Prüfung, ob betroffene Daten gem. Artikel 19 DSGVO **anderen Empfängern offengelegt** wurden

wenn **JA**



- I. Erstellung einer **Liste mit allen Empfängern**
- II. Mitteilung an alle Empfänger, dass und **welche Daten entsperrt und gelöscht** werden müssen



Hinweis:

es ist **keine Mitteilung** an die Empfänger **erforderlich**, wenn es **unmöglich** oder mit einem **unverhältnismässigen Aufwand** verbunden ist

ACHTUNG: folgendes Recht kann die betroffene Person **nach Bedarf** in Anspruch nehmen



betroffene Person hat **Information** über die **Empfängerliste** ihrer Daten gem. Artikel 19 S. 2 DSGVO **verlangt**

wenn **JA**, Weiterleitung der **Empfängerliste** unter folgenden **Aspekten**

1. **Form und Sprache** (gem. Artikel 12 Absatz 1 DSGVO),
2. **zeitliche Vorgaben** (gem. Artikel 12 Absatz 3 DSGVO),
3. **Kosten** (gem. Artikel 12 Absatz 5 DSGVO)

(vgl. Hinweis in 1. Fall)



sind **bereits Sperrkonzepte vorhanden**, müssen die **neuen** eingeschränkten **Dateien** gem. DSGVO **anders gekennzeichnet** werden



gesperrte Daten dürfen **nicht zu Werbezwecken** verarbeitet werden



Non-liquet Fall:

Richtigkeit der gespeicherten Daten **kann** von der **betroffenen Person** und dem **Verantwortlichen unterschiedlich beurteilt** werden

Ausgangslage

betroffene Person verlangt die Berichtigung, Einschränkung oder Löschung ihrer Daten
-> **Beweislast** liegt bei der **betroffenen Person**

Probleme

- es kann nicht von einer betroffenen Person verlangt werden, dass sie unrichtige Daten durch die Angabe der richtigen Daten nachweisen muss
- geringe Möglichkeit Werturteile oder Beurteilungen zu beweisen

Grund

Verantwortliche kann andernfalls durch die bewusste Speicherung falscher Daten die Offenbarung der richtigen Daten erreichen, d.h. er könnte betroffene Person zur Offenlegung zwingen

Lösung: begründetes Bestreiten mit Detailangaben

Beachte

damit wird der betroffenen Person verweigert eine **unrechtmässige Löschung oder Einschränkung** von Daten zu **erwirken**, um für ihn nachteilige Daten ohne Beweise löschen lassen zu können und dem Verantwortlichen damit die Verarbeitung zu verweigern

Folge

bis die Richtigkeit der Daten durch Verantwortlichen überprüft wurde, gilt eine **eingeschränkte Verarbeitung** der Daten

Achtung

nachdem Richtigkeit überprüft wurde und keine Fehler festgestellt wurden muss vor der **Aufhebung** der Einschränkung die **betroffene Person** informiert werden
-> betroffene Person kann die **Löschung** mittels eines anderen Rechtsweg erzwingen wollen



ein **Gegendarstellungsrecht** besteht im Bezug zu einem **Beschäftigungsverhältnis**, welches die **Speicherung** von **Personaldaten** (gem. Art. 83 Abs. 2 BetrVG) in **Personalakten** betrifft
-> diese Bestimmung gilt unabhängig von der automatisierten Verarbeitung und somit auch nach dem 25.05.2018

Folge

der Arbeitgeber ist verpflichtet eine Erklärung des Beschäftigten **zum Inhalt der Personalakte hinzuzufügen**

Beachte

egal, ob die Richtigkeit bewiesen ist oder nicht

Hinweis

wird die Personalakte nicht digitalisiert oder zumindest dateistrukturiert geführt, besteht keine Konkurrenz der Norm mit Artikel 18 DSGVO

- > bei einer digitalisierten Personalaktenführung kann der Beschäftigte, wenn die Norm weiterhin anwendbar ist, entscheiden, ob er beim Bestreiten der Datenrichtigkeit das Recht aus Art. 83 Abs. 2 BetrVG oder aus Artikel 18 DSGVO geltend macht
- > das Korrekturrecht eines Arbeitnehmers kann ihm nicht durch eine Betriebsvereinbarung genommen werden